

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/6408 –**

**Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen – Abbau
überflüssiger und belastender Bürokratie**

A. Problem

Die Wirtschaft müsse gestärkt werden. Daher solle die Bundesregierung aufgefordert werden, Bürokratie abzubauen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6408 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Klaus-Peter Willsch
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus-Peter Willsch

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6408** wurde in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. April 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/6408 stellende Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft im Zeitraum 2021/2022 von rund 6,7 auf etwa 17,4 Milliarden Euro angestiegen sei. Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion belasteten überbordende Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Vollzugs- und Umsetzungsprobleme in Behörden die deutsche Wirtschaft und wirkten abträglich auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Ein Abbau der Bürokratie sei daher notwendig, damit die Wirtschaft sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könne. Das wirke wie ein Konjunkturprogramm und führe zu Wirtschaftswachstum und mehr Klimaschutz. Ein, auch im Koalitionsvertrag angekündigtes, neues Bürokratienteilungsgesetz sei vor diesem Hintergrund überfällig. Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, ein Gesamtpaket an branchenübergreifenden Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

So sei zunächst die „One-in-one-out“-Regel, nach der die Einführung einer neuen Belastung mit Bürokratie zu einer Kompensation durch Abbau an anderer Stelle führen muss, zu einer „One-in-two-out“-Regel auszuweiten. Der Gedanke „One-in-one-out“ sei außerdem insofern weiterzuentwickeln, als dass bei Einstellung eines neuen Beschäftigten in der Bundesverwaltung eine gleichwertige bestehende Stelle anderswo gestrichen werden sollte. Außerdem sei ein „Belastungs-TÜV“ einzuführen, der Belastungen für Unternehmen und Bürger identifiziere und Abhilfemaßnahmen ausmache.

Im Steuer- und Handelsrecht seien zudem die Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Einklang mit zeitnahen Betriebsprüfungen deutlich zu verkürzen und Grenzwerte der Ist-Besteuerung im Umsatzsteuerrecht anzuheben. Im Bereich des Arbeitsrechts wären Erleichterungen für Arbeitszeiterfassung sowie für grenzüberschreitende und geringfügige Beschäftigung einzuführen. Erleichterungen müssten auch für Unternehmensgründungen und -nachfolgen geschaffen werden. Datenschutzrechtlich seien Entlastungen zu erreichen, indem die Regelungen zu Datenschutzbeauftragten geändert werden. So sei die Schwelle für die Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten von 20 auf mindestens 50 Beschäftigte anzuheben.

Zum Austausch von Daten, die das Unternehmen betreffen und von diesem zu melden sind, müsse eine bundeseinheitliche Lösung für das digitale Unternehmenskonto eingerichtet und so auch das Erfordernis mehrfacher Meldungen vermieden werden. Schlussendlich seien alle Verwaltungsprozesse, die Unternehmen betreffen, mit dem Ziel bürokratische Hemmnisse und Hürden zu erkennen auf den Prüfstand zu stellen und aus der Energiepolitik bekannte Verfahrenskonzentrationen zur Verfahrensbeschleunigung seien in andere Bereiche, insbesondere Verkehr, Bau und digitale Infrastruktur, zu übertragen.

Auf die weiteren Forderungen der Fraktion der CDU/CSU im Antrag auf Drucksache 20/6408 wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/6408 in seiner 58. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6408 in seiner 72. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6408 in seiner 67. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6408 in seiner 61. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner 44. Sitzung am 10. Mai 2023 beschlossen, zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/6408 eine öffentliche Anhörung durchzuführen. An der in der 56. Sitzung am 18. Oktober 2023 erfolgten Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Prof. Dr. Jörg Bogumil	Inhaber des Lehrstuhls für öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik, Ruhr-Universität Bochum
Stefan Genth	Hauptgeschäftsführer, Handelsverband Deutschland - HDE e.V.
Lutz Goebel	Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates, Bundesministerium der Justiz
Ingrid Hartges	Hauptgeschäftsführerin, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband)
Dr. Matthias Kullas	Fachbereichsleiter, cep Centrum für Europäische Politik – Stiftung Ordnungspolitik
Florian Moritz	Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, DGB Bundesvorstandsverwaltung
Jens Ulbrich	Leiter des Zentralbereichs Volkswirtschaft, Deutsche Bundesbank
Urs Unkauf	Bundesgeschäftsführer, Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA)

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Die Stellungnahmen der Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 20(9)303 bis 20(9)307 und 20(9)310 wurden veröffentlicht. Das Protokoll der öffentlichen Anhörung wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zudem ist die Ton- und Bildaufnahme der Sitzung in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6408 in seiner 59. Sitzung am 8. November 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies auf die zwischen Bund und den Ländern kürzlich getroffenen Beschlüsse zum Bürokratieabbau und zu Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen hin. Die Maßnahmen betreffen unterschiedliche Bereiche der Wirtschaft wie Wohnungsbau, Energie, Verkehr und auch Mobilfunk und zielten darauf ab, einheitliche Standards zu schaffen, Bauprojekte schneller zu realisieren und die Digitalisierung zu beschleunigen. Die Bundesländer hätten sich damit durchgesetzt, was positiv zu werten sei. Die Gesetzgebungsverfahren müssten sich hieran zügig anschließen. Die Fraktion der CDU/CSU kritisierte, dass ihre Vorschläge zum Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie im Antrag auf Drucksache 20/6408 in dem von der Bundesregierung erstellten Eckpunktepapier für ein Bürokratieentlastungsgesetz weitestgehend ignoriert worden seien.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, die deutsche Bundesregierung wolle einen gemeinsamen Vorstoß mit Frankreich zur Reduzierung von Regulierung und Bürokratie auf europäischer Ebene lancieren. Die Ankündigungen hierzu seien vielversprechend. Es bestehe die Notwendigkeit zu schnellem Handeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Bundesregierung habe in den letzten zwei Jahren bezüglich des Abbaus von Bürokratie viel geleistet. Beispielhaft seien hier die Beschleunigung der Verfahren beim Ausbau der Erneuerbaren Energien oder auch das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende zu nennen. Auch trügen die neu eingeführten Praxis-Checks konkret dazu bei, unnötige Bürokratie abzubauen. Unternehmen investierten dort, wo es wenig bürokratische Hemmnisse gebe, weshalb zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands an einer möglichst einfachen Umsetzung von Regeln gearbeitet werden müsse.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass Bürokratie, nach Fachkräftemangel, das wohl zweitwichtigste Thema der Unternehmen sei, wenn man mit ihnen spreche. Der Abbau von Bürokratie sei deshalb ein „Konjunkturpaket zum Nulltarif“. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sei dafür zu loben, dass es im Bereich Bürokratieabbau so aktiv sei, insbesondere begrüße die Fraktion der FDP die Praxis-Checks.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, dass zwar viel über Entbürokratisierung geredet würde, gearbeitet werde aber derzeit in die Gegenrichtung. Beispielsweise das Lieferkettengesetz und das Heizungsgesetz machten für die Unternehmen alles noch aufwendiger und komplizierter. Mit dem neuen Bürokratieentlastungsgesetz würden nur wenige der von den Unternehmen in der Verbändeabfrage geäußerten Maßnahmen für den Abbau von bürokratischen Hemmnissen umgesetzt. Man unterstütze daher den Antrag der CDU/CSU, der sich mit einem am Tag der Ausschusssitzung ins Plenum einzubringenden Antrag der eigenen Fraktion stark überschneide. In den Anträgen seien jedenfalls die richtigen Maßnahmen angesprochen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. begrüßte die Forderung nach dem Abbau überflüssiger Bürokratie als etwas grundsätzlich Gutes. Gehe es um konkrete Maßnahmen, sei man allerdings unterschiedlicher Auffassung. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. ergäben pauschale Aussagen wie „One-in-one-out“ oder „One-in-two-out“ keinen Sinn. Man müsse stattdessen im Einzelfall schauen. Es bestehe ansonsten die Gefahr, dass unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus beispielsweise Arbeitnehmerschutzrechte beschnitten oder Steuerhinterziehung erleichtert würde. Absurd sei, wie es der Vorschlag der CDU/CSU vorsehe, vor dem Hintergrund des im öffentlichen Dienst oftmals vorherrschenden Personalmangels, bei Einstellung eines neuen Beschäftigten eine andere Stelle zu streichen. Abseits dessen gebe es aber zahlreiche Punkte, an denen Unternehmen entlastet werden könnten, beispielsweise bei doppelten Dokumentations- und Berichtspflichten aufgrund nationaler und europäischer Gesetzgebung.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz** betonte die Wichtigkeit und Ernsthaftigkeit des Themas Bürokratieabbau. Dabei hätten sich die Praxis-Checks als eine hilfreiche Maßnahme erwiesen. Es sei wichtig, mit Verbänden, betroffenen Unternehmen und auch den Bundesländern zu sprechen. Insbesondere die verschiedenen Zuständigkeiten auf den unterschiedlichen Stufen der Verwaltung (Bund, Länder und Kommunen) würden häufig zeitraubende Probleme für die Unternehmen verursachen. Die Berichtspflichten für Unternehmen – insgesamt seien das ca. 12.000, von denen wiederum ungefähr 1.000 durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz kommen würden – sei das Ministerium in sieben Praxisworkshops mit Verbänden durchgegangen und habe dabei geprüft, welche angepasst oder abgeschafft werden könnten. Dabei ausgemachte Maßnahmen sollten nun per Gesetz umgesetzt werden. Eine deutsch-französische Initiative setze sich zudem für den Abbau von bürokratischen Hemmnissen auf europäischer Ebene ein.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6408.

Berlin, den 8. November 2023

Klaus-Peter Willsch
Berichtersteller

